

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Obhain, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Sohanngeorgenstadt.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Zentrale: Aue 21 und 22, Obhain (bei Aue) 44, Schneeberg 10, Schwarzenberg 205, Grünhain: Zentralfabrik Schwarzgebirg.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 24 Nummern des Monats beträgt im Umkreis des Postbezirks 1,50, auswärts 2,50, für die 50 Nummern des Quartals 4,50, auswärts 10,00, für die 90 Nummern des Halbjahrs 8,50, auswärts 16,00, für die 180 Nummern des Jahres 16,00, auswärts 32,00.
Postfach-Nr. 12226.
Vertriebsstellen: Aue, Erzgeb. Nr. 25.

Wichtiges: Wachen für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vorläufig 9 Uhr in den Hauptpostämtern. Die Nummer für die Abende der Zeitung am vorläufigsten Tage sowie an festlichen Tagen wird nicht gegeben, auch nicht für die Abende der Zeitung an festlichen Tagen. — Die Redaktion der Zeitung ist nicht verantwortlich für die in den Briefen der Abonnenten enthaltenen Meinungen. — Unterbrechungen der Zeitung sind nur bei besonderen Umständen möglich. — Die Redaktion der Zeitung ist nicht verantwortlich für die in den Briefen der Abonnenten enthaltenen Meinungen. — Die Redaktion der Zeitung ist nicht verantwortlich für die in den Briefen der Abonnenten enthaltenen Meinungen.

Nr. 220. Mittwoch, den 19. September 1928. 81. Jahrg.

Amfliche Anzeigen.

Die Amtshauptmannschaft Zwickau hat auf Grund von § 30 Abs. 2 der Reichsverordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 16. März 1928 mit Zustimmung des Ministeriums des Innern und im Einverständnis mit dem Finanzministerium die Höchstgeschwindigkeit aller Kraftfahrzeuge auf dem Durchgangsverkehr dienenden Gemeindegewegen **Wolfsgrün-Hundshübel**, und zwar je 300 m vor und hinter den Haupteingängen zu den Fabrikanlagen in **Reidhardtshol** und dem Ortsteile **Eisenhammer** auf 20 km in der Stunde herabgesetzt.
Zu widerhandlungen sind nach § 21 des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909/21. Juli 1923 strafbar.
Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 17. Sept. 1928.

Im Handelsregister ist eingetragen worden:
1. Am 13. September 1928 auf Blatt 518 das Erlöschen der Firma **Karl Müller** in Aue.
2. Am 17. September 1928:
a) auf Blatt 619 das Erlöschen der Firma **Karl Steubler** in Aue;
b) auf Blatt 667, die Firma **Zweiniger & Selbmann** in Aue betr.: Der Werkmeister **Louis Ernst Emil Selbmann** in Schneeberg ist ausgeschieden.
Amtsgericht Aue, den 18. September 1928.

Neustädtel. Wegen Reinigung
bleiben
Montag, den 24. September 1928, und
Dienstag, den 25. September 1928,

die Geschäftsräume des Rathauses mit folgenden Ausnahmen für den öffentlichen Verkehr geschlossen.
Strohlasse, geöffnet Montag u. Dienstag von 10—12 Uhr.
Sparkasse, geöffnet Dienstag von 10—12 Uhr.
Standesamt, geöffnet Montag von 8—9 Uhr.
Elektrizitätsamt, geöffnet Dienstag von 8—12 Uhr.
Neustädtel, den 14. September 1928. Der Stadtrat.

Verbands-, Handels- u. Gewerbeschule für Schwarzenberg u. A.
Schulgeld betr.
Das Schulgeld für das 2. Schuljahr (1. Sept. bis 30. September 1928) war am 15. September fällig.
Nach dem 26. September erfolgen kostenpflichtige Nachungen.
Schwarzenberg, den 17. Sept. 1928. Die Direktion.

Briand droht schon wieder.

Dem „E. V.“ wird aus Berlin geschrieben:
Das für Deutschland mögliche Ergebnis der Genfer Verhandlungen entspricht im allgemeinen dem, was man in Paris erwartet und insgeheim auch gewünscht hat. Die Pariser Presse zeigt sich sehr befriedigt, da Briand keinerlei Konzessionen gemacht hat. Was man in Genf erreicht hat, ist nach Auffassung der Pariser politischen Kreise lediglich die Skizzierung einer endgültigen Regelung, und man bedauert keinesfalls die noch bestehenden Unklarheiten, da man nichts aus der Hand gegeben hat.

Am Karsten kennzeichnet der halbamtliche Petit Parisien den Stand der Dinge. Er erklärt das Genfer Kompromiß damit, daß der erste Paragraph nötig gewesen sei, um dem Reichskanzler das zu geben, womit er nach Berlin zurückkehren könne, nämlich die Feststellung, daß die Diskussion über die Rheinlande offiziell eröffnet sei und daß die beiden anderen Paragraphen bestimmt seien, Briand das zu geben, womit er vor seiner Öffentlichkeit bestehen könne. Man habe sich also auch diesmal an die in Genf herrschenden Grundzüge gehalten, daß aus den Verhandlungen etwas herauskommen müsse, was die verhandelnden Staatsmänner als gewinnbringend nach Hause tragen könnten. Dabei ist das Eingeständnis von Interesse, daß Briand vor der von der profranzösischen Presse in Deutschland immer als so versöhnungsbereit geschilderten französischen Öffentlichkeit nur bestehen kann, wenn er etwas für die Hohe Nachtteiliges mit nach Hause bringt.

Um ja keinen Zweifel an seiner Gesinnung aufkommen zu lassen, hat Briand überdies der ihm ergebenden Presse folgendes erklären lassen: „Es versteht sich von selbst, daß die Räumung erst stattfindet, wenn über die drei Fragen ein Uebereinkommen zustande gekommen sein wird.“ Und da man weiß, daß man in Berlin in der Kontrollfrage zunächst noch auf Widerstand stoßen wird, beginnt man in Paris rücksichtslos zu drohen. Briand selbst beteiligt sich an diesem Spiel, indem er darauf hinweisen läßt, daß Frankreich schließlich auch noch die Möglichkeit habe, auf Grund des Artikels 420 oder 430 des Vatikans die Verlängerung der Besatzung statt der vorzeitigen Räumung zu fordern. Mit diesen Auslegungen und Drohungen ist der Versuch der deutschen Delegation, für das Kompromiß vom Sonntag die Öffentlichkeit zu erwärmen, vollkommen erledigt.

Weiter erklärte Briand, die Entschädigungssumme, die die Sachverständigen festsetzen hätten, müsse so groß sein, daß sie zur Befriedigung der südlichen Frankreichs und zum Aufbau der verwüsteten Gebiete hinreiche. In der Rheinlandfrage habe er dem Reichskanzler auseinandergesetzt, daß die Einsetzung einer „Veröhnungskommission“ keine Last für Deutschland bedeute und für die Erledigung kleinerer Zwischenfälle viel besser sei als peinliche Erörterungen vor dem Völkerverbund. Eine solche Kommission sei auch im Sinne der Locarno-Verträge. Das Reichskanzler Müller die Funktionen dieses Komitees nicht über 1935 hinaus ausgebeht haben will, bezeichnet man in Paris als „absurd“. Man sehe wirklich nicht, meint der Matin, was Deutschland gegen eine solche Kommission einzuwenden habe. Vertinaz stellt mit Befriedigung fest, daß auf diesem Gebiet eine vollständige Verwirrung herrscht.

Nach diesem Zwischenpiel ist zu erwarten, daß sich die künftigen Verhandlungen zwischen den Gegnern und Deutschland recht kurzweilig gestalten werden. Für Deutschland

Enttäuschung über Genf.

Berlin, 17. Sept. In den Kommentaren der Berliner Presse kommt die Enttäuschung über das negative sachliche Ergebnis der Genfer Räumungsbesprechung zum Ausdruck. In der Deutschen Allg. Ztg. heißt es: Es bleibt dabei: 70 000 Soldaten spielen 10 Jahre nach Friedensschluß auf deutschem Boden Krieg. — Die Deutsche Tageszeitung schreibt: Die deutsche Delegation fährt zurück, ohne auch nur ein Räumungsverprechen mitzubringen. Das Märchen von dem besonderen Entgegenkommen, das eine deutsche Untsregierung bei unseren Gegnern finden würde, ist endgültig zerstört. Unbedingte Klarheit ist ferner darüber gewonnen, daß jede Politik der Vorleistungen diesen Vertragspartnern gegenüber unverantwortlich ist. Daraus werden in Zukunft die Folgerungen zu ziehen sein. — Der Vorwärts teilt mit, der Reichskanzler habe in der Sonntagsbesprechung in Genf betont, im deutschen Volke werde die Enttäuschung allgemein sein, daß man hinsichtlich der Räumung kein positives Resultat erreicht habe. — Die Germania erklärt: Nachdem sich das gegenwärtige Reichskabinett gebunden hat, daß eine Kontrolle im Austausch für die Räumung über den Versailler Vertrag hinaus unter keinen Umständen anerkannt werden kann, wird es schwerlich eine deutsche Regierung geben, die einen anderen Standpunkt vertreten könnte. — Das Verl. Tagebl. mißt dem gestrigen Genfer Beschluß insofern Bedeutung bei, als nunmehr die offizielle Verhandlung über die sofortige Räumung des Rheinlandes eingeleitet worden sei. Auch Frankreich habe dem zugestimmt, das sich bisher jeder offiziellen Verhandlung hierüber entzog. — In der Voss. Ztg. wird ausgeführt: Der greifbarste Erfolg der Genfer Verhandlungen ist die Anerkennung der Notwendigkeit einer vollständigen und endgültigen Regelung des Reparationsproblems.

Dfflocarno!

Polen benutzt die Gelegenheit.

Genf, 17. Sept. Der polnische Außenminister Jalecki erklärte heute Pressevertretern, er habe alle Veranlassung, anzunehmen, daß in den kommenden diplomatischen Verhandlungen über die Räumung des Rheinlandes und über die Einsetzung der Feststellungs- und Vergleichskommission auch die Belange Polens mit berücksichtigt werden. Zu diesen Erklärungen wird von polnischer Seite hinzugefügt, daß gegenwärtig die Absicht bestehe, die Vergleichs- und Feststellungskommission in der Richtung auszubauen, daß sie auch für Streitfälle zwischen Deutschland und Polen, sowie in allen Fragen, die die deutschen Ofgrenzen betreffen, zuständig sein würde. — Wie weiter gemeldet wird, verlangt auch die Tschchoslowakei zu den Räumungsverhandlungen hinzugezogen zu werden.

Der Reichskanzler bei Strefemann.

Baden-Baden, 17. Sept. Kanzler Hermann Müller ist von Genf kommend heute vormittag hier eingetroffen. Der Reichskanzler fuhr sofort bei Dr. Strefemann vor, mit dem er eine längere Besprechung über die politische Lage hatte. Der Reichskanzler hat Baden-Baden in den Abendstunden wieder verlassen und sich nach Berlin begeben. Voraussichtlich wird im Laufe des Dienstag eine Kabinetts-sitzung stattfinden. Der Termin der in Aussicht genommenen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ist noch unbestimmt.

wird, das ist selbstverständlich, dabei nur dann etwas herauskommen, wenn es neue Leistungen und Verpflichtungen auf sich nimmt. Bezeichnend ist, das es die Polen sind, welche den ersten Anspruch anmelden: Offlocarno!

Die nächsten Aufgaben.

Für das Reichskabinett wird es sich in erster Linie darum drehen, die wirkliche Bedeutung der Genfer Abmachungen festzustellen, was um so notwendiger erscheint, als die Vereinbarungen in mehr als einer Beziehung erhebliche Lücken aufweisen.

Das für Deutschland unbefriedigende Ergebnis ist wohl zum Teil durch eine mangelnde Einseitigkeit der deutschen Delegation in Genf hervorgerufen worden. Es wird sich besonders bei den Beratungen im Auswärtigen Ausschuss die Gelegenheit bieten, die Rolle etwas näher zu beleuchten, die der sog. Abg. Dr. Breitscheid in Genf gespielt hat. Man beschuldigt ihn gewissermaßen, eine Nebenaktion durch seine Fühlungnahme mit dem französischen „Abklärungskommissionen“, Genossen Paul-Boncour, inszeniert zu haben. Diese Nebenaktion soll durchaus nicht immer im Sinne der deutschen Delegationsauftrag verlaufen sein.

In Berlin ist man über den weiteren Fortgang der Verhandlungen durchaus nicht so optimistisch gestimmt, wie manche Linksorgane glauben machen wollen. Denn das Echo, das die Genfer Vereinbarungen in Frankreich und England gefunden haben, läßt schon jetzt allerhand Rückschlüsse auf die weiteren Absichten der Besatzungsmächte zu. Wenn schon die restlose Zufriedenheit der französischen Regierungspreste mißtrauisch stimmen muß, so gibt die Kritik der englischen Presse zu noch größeren Bedenken Anlaß. Der „Daily Telegraph“, der in diesem Falle sicherlich das Organ Lord Cushtens ist, warnt davor, an einen schnellen und reibungslosen Fortgang der Verhandlungen zu glauben, und die liberale englische Presse nimmt es den Deutschen fast übel, daß sie so unvermittelt auf ihre ursprüngliche Forderung der bedingungslosen Rheinland-räumung verzichtet haben.

Die Hauptschwierigkeiten sieht man in Berlin noch wie vor in der unausgeglichenen Meinungsverschiedenheit sowohl was die sog. Veröhnungskommission anbetrifft, als auch besonders im Hinblick auf die Reparationsverhandlungen. Gerade in dem zweiten Punkte wäre es ganz falsch, wenn die deutsche Öffentlichkeit sich der Hoffnung hingeben wollte, als sei hier mit einem raschen Fortschritt zu rechnen. Schon jetzt macht die große Presse des Auslandes darauf aufmerksam, daß man zu dem wesentlichsten Punkte, nämlich zu der etwaigen Mobilisierung deutscher Schuldverpflichtungen die Hilfe der Amerikaner braucht, von denen man andererseits genau weiß, daß sie bis nach der Präsidentenwahl, also noch mindestens ein Jahr lang, nicht daran denken werden, aus ihrer Reserve herauszugehen.

Bei der Erörterung aller dieser Fragen im deutschen Parlament wird die Opposition mit einem besonderen Nachdruck die Feststellung treffen müssen, daß ein Nebeneinander und Gegeneinander, wie es sich diesmal in Genf ergeben hat, für die Vertretung der deutschen Interessen im Ausland nur abträglich sein kann. Die Opposition hat dem Reichskanzler gegenüber bei seinen Genfer Verhandlungen wahrhaftig ein faires Spiel gespielt und ihn noch vor wenigen Tagen gegen die parteipolitischen Verdächtigungen Briands öffentlich in Schutz genommen. Sie kann aber nicht zugeben, daß der Kanzler die Führung der Verhandlungen aus der Hand läßt und sich durch Nebenaktionen beeinflussen läßt, selbst wenn sie von einem prominenten Parteifreunde herrühren. Es wird die Sache der Opposition sein, hier auf ganz klare Verhältnisse zu bringen, denn das deutsche Volk hat schließlich ein Recht darauf, zu wissen, wer eigentlich seine Außenpolitik macht. E. P.